

Hauke Brunkhorst

## Selbstbestimmung durch deliberative Demokratie

Deliberative Demokratie ist die praktische Verbindung von Wahrheit und Politik und schon deshalb kein Idealismus, der die Idee mit Wirklichkeit vergleicht. Marx nennt die *Demokratie* die *Wahrheit aller Staatsformen*, und auch Habermas besteht darauf, dass eine *post-truth democracy keine mehr wäre*. Beide Autoren stimmen darin überein, dass nur die Adressaten von Rechtsnormen selbst die Wahrheit der Demokratie in ihrer Praxis erweisen können. »Die Frage, ob dem menschlichen Denken gegenständliche Wahrheit zukomme, ist keine Frage der Theorie, sondern eine *praktische* Frage. In der Praxis muss der Mensch die Wahrheit, i.e. die Wirklichkeit und Macht, Diesseitigkeit seines Denkens beweisen.«<sup>1</sup> (Kapitel 1) Praktisch verbinden sich Wahrheit und Politik im Zusammenspiel einer anarchischen Öffentlichkeit mit rechtlich institutionalisierten Entscheidungsverfahren (Kapitel 2).

### 1. Wahrheitsbezug demokratischer Willensbildung

Karl Marx war einer der ersten, der das parlamentarische Regime als *herrschaftsbegründende* Verfassung einer deliberativen Demokratie beschrieben hat – im doppelten Sinn von normativer Begründung und faktischer Grundlegung.

»Das parlamentarische Regime«, resümiert er im *18. Brumaire des Louis Bonaparte*, den er unmittelbar unter dem Eindruck des Staatstreichs von Napoleons vermeintlichem Neffen im Winter 1851/52 im Londoner Exil schrieb, ist »das Regime der Unruhe«. Unter der *Unruhe* versteht Marx dasselbe wie Hegel, nämlich die egalisierende, rationale und weltverändernde Kraft der *Negation* – des Widerstands, der Gegenrede, der Opposition –, die das parlamentarische Regime in einem Ausmaß freisetzt, das Hegel sich nur im kurzfristigen Ausnahmezustand einer blutigen Revolution wie der von 1789 vorstellen konnte. Ein Zeitgenosse von Marx, der Liberale Julius Fröbel, hat das Regime parlamentarischer Gesetzgebung deshalb als permanente legale Revolution bezeichnet,<sup>2</sup> und Marx selbst behauptet zur selben Zeit, es wäre die »gesetzgebende Gewalt« gewesen, die schon »die Französische Revolution gemacht« habe.<sup>3</sup>

1 Marx 1845, 2. These; Hervorhebung H.B.

2 Vgl. Habermas 1992, S. 612 ff.

3 Marx 1972 a [1843], S. 260.

Das parlamentarische Regime von 1848 ist das Regime der Unruhe, weil es das Negationspotenzial der politischen Kommunikation nicht nur im Parlament, sondern in der ganzen Gesellschaft entfesselt, denn – so Marx – es

»lebt von der *Diskussion* [...]. Der *Rednerkampf* auf der Tribüne ruft den *Kampf der Pressbengel* hervor, der *debattierende Klub im Parlament* ergänzt sich notwendig durch *debattierende Klubs in den Salons und in den Kneipen*, die Repräsentanten, die beständig an die Volksmeinung appellieren, berechtigen die Volksmeinung, in Petitionen ihre *wirkliche Meinung zu sagen*. Das parlamentarische Regime überläßt alles der *Entscheidung der Majoritäten*, wie sollen die großen Majoritäten jenseits des Parlaments nicht entscheiden wollen? Wenn ihr auf dem Gipfel des Staates die Geige streicht, was andres erwartet ihr, als daß die drunten tanzen?«<sup>4</sup>

Ohne das Leben, das ihr die *Diskussion*, der *Rednerkampf*, der *Kampf der Pressbengel*, der *debattierende Klub im Parlament*, die *debattierenden Klubs in den Salons und den Kneipen* einhauchen, wäre die bloße *Entscheidung der Majoritäten*, sei es im Referendum, bei der Wahl der Abgeordneten oder im Parlament, eine tote Maschine, die ebenso gut durch den Zufall des Losverfahrens, der Geburt oder des Marktmechanismus ersetzt werden könnte. Die Entscheidung der Majoritäten steht und fällt mit der Möglichkeit einer und eines jeden, seine *wirkliche Meinung zu sagen* – und Marx wusste, wovon er sprach, war er doch gerade vor der Polizei, welche die Pressefreiheit unterdrückte, aus dem preußischen Rheinland ins revolutionäre Paris geflohen, das er jetzt, auf dem Weg ins nächste Exil, schon wieder hinter sich lassen musste.

So auch John Dewey 80 Jahre später in der Debatte mit Walter Lippmann:

»Mehrheitsherrschaft ist als bloße Mehrheitsherrschaft genauso idiotisch (*foolish*), wie es die Kritiker der Demokratie immer behauptet haben. Aber in einer funktionierenden Demokratie ist sie eben nie bloße Mehrheitsherrschaft [...] Viel wichtiger ist die Methode, durch die Mehrheiten zustande kommen: die vorangehenden Debatten, die Veränderungen der Mehrheitsmeinung durch das Lautwerden minoritärer Stimmen. Entscheidend ist letztlich, dass diese Methoden und die gesellschaftlichen Bedingungen des öffentlichen Streits, des wechselseitigen Argumentierens und Überzeugens gesichert und immer weiter verbessert werden.«<sup>5</sup>

Zu diesen Bedingungen gehört natürlich auch das allgemeine Wahlrecht, ohne das eine politisch egalitäre und sozial inklusive Debatte wirkungslos bliebe. Aber ohne die verallgemeinernde und problemlösende Kraft der Diskussion und des demokratischen Experimentalismus wäre auch das schönste Wahlrecht nicht besser als jede beliebige Lotterie oder der tyrannische Entschluss eines Diktators.<sup>6</sup> Die gegenwärtige Politik des Westens, die Staaten der früheren sowjetischen Hemisphäre und

4 Marx 1985, S. 135 f.; Hervorhebung H.B.

5 Dewey 1954, S. 207 f.; Übersetzung H.B.

6 Der enge Zusammenhang zwischen Diskussion und Entscheidung legt es nahe – anders als das Bundesverfassungsgericht im Urteil zum Lissaboner Vertrag –, diesen Zusammenhang und nicht die sowieso immer nur in mehr oder minder großer Abweichung (auch in der Bundesrepublik: Bundesrat!) realisierte Formel ›one man, one vote‹ zum Kriterium eines verfassungsgemäßen Wahlverfahrens zu machen, auch wenn dann das Ergebnis für das EU-Parlament (aber auch für den Bundestag) noch schlechter ausfiel. Zur repräsentativen Bedeutung des kulturellen, politischen und sozialen Pluralismus siehe Achenbach 2015.

eroberte Gebiete wie den Irak nach der Formel »Demokratie = freie Wahlen + freie Marktwirtschaft« zu »reformieren«, bietet dafür viel Anschaungsmaterial.<sup>7</sup>

Die verfassungsrechtlich interessante These von Marx stimmt ganz mit der von John Dewey überein, dass *nur* die lärmende und vielstimmige, wie Habermas sagt, »wilde« und »anarchisch entfesselte kommunikative Freiheit« der *Diskussion* die eigentümliche Kraft hat, partikulare und zufällige, sprachliche und mimetische, informative und expressive Meinungs-, Beifalls- und Missfallensäußerungen jeder erdenklichen Art in – wie Marx mit Hegel sagt – »allgemeine Gedanken« und partikulare Klasseninteressen in »das gemeinsame Interesse [...] der ganzen Nation« zu verwandeln, das die »mannigfältigen Seiten des Nationalgeistes in sich versammelt«.<sup>8</sup> In dem und nur in dem, wie auch immer geringen, durch vielerlei Klassen- und Herrschaftsinteressen, Zufälle und Naturzwänge verzerrten Maß, in dem die demokratische Willensbildung zu allgemeinen Gedanken und verallgemeinerbaren Interessen führt, ist auch die Mehrheitsherrschaft eben nicht idiotisch, sondern etwas anderes als willkürliche, tyrannische, partikulare Herrschaft. Mit dem allgemeinen Gedanken, der das von *faktischen Mehrheiten* beschlossene zum kontrafaktisch gültigen *Gesetz einer und eines jeden* Gesetzesadressaten macht, ist das parlamentarische Regime, ist darüber hinaus jede Form egalitärer und inklusiver Demokratie ein Regime, das auf Wahrheit (des Gedankens) und Vernunft (des Willens) in genau dem Maße Anspruch erheben kann, in dem es sie verwirklicht. Dieser Begriff von Wirklichkeit und Verwirklichung liegt auch den Begriffen der »Praxis« und der »Revolution« bei Marx und dem des »demokratischen Experimentalismus« bei Dewey zugrunde. Im Anspruch des allgemeinen Willens auf Wahrheit verbinden sich zwei unterscheidbare Aspekte dieses alten philosophischen Begriffs: ein *normativer*, der den allgemeinen Willen als Willen eines und einer jeden Normadressatin ausweist, und ein *kognitiver*, der unterstellt, dass die Probleme, die die übrige Gesellschaft beziehungsweise ihre dafür eingerichteten Funktionssysteme selbst erzeugen, aber nicht lösen können, durch demokratische Willensbildung besser gelöst werden können als durch jede andere Methode.<sup>9</sup>

Marx, der hier an den § 257 der Hegel'schen Rechtsphilosophie von 1821 anschließt, versteht die doppelte – kognitive und normative – Wahrheit des allgemeinen Willens deshalb auch nicht mehr als Leistung eines einsamen »Selbstbewusstseins«, das eine selbstbezüglich, solipsistisch »*sich selbst bestimmende Allgemeinheit*« darstellt,<sup>10</sup> sondern als bewegliche, negativ unruhige, »praktisch-kritische Tätigkeit«<sup>11</sup>, die sich im diskursiven Getümmel der Rednertribünen, Zeitungspolemiken und Kneipendebatten vollzieht.

Hegel konnte sich die politische Umsetzung des reflexiven Selbstbewusstseins ins »allgemeine Interesse« noch als das »Geschäft« von adligen Spitzenbeamten vor-

7 Susan Marks spricht treffend von »low intense democracy«; Marks 2000.

8 Marx 1985, S. 104 ff., 107, 110, 134.

9 Schmalz-Brunn 1995.

10 Hegel 1970, § 21.

11 Marx 1845, 1. These.

stellen, die er deshalb als den »allgemeinen«, für die Verallgemeinerung der partikularen Interessen zuständigen »Stand« bezeichnet hat. Dieser Stand der Beamten hat in Hegels Staat genau die Funktion, die den Philosophen in Platons Staat zukommt, den Staat an die Wahrheit zu binden.<sup>12</sup> Ein aktuelles Beispiel ist die Europäische Kommission, aber auch das System der Ethik- und sonstigen Räte, das die Nationalstaaten etabliert haben. Sie sind weder durch Wahlen noch durch öffentliche Kontroversen hinlänglich legitimiert.

Für den Junghegelianer Marx hingegen war von vornherein klar, dass solche Wahrheit nicht mehr wie eine zeitlose Idee erkannt, sondern nur noch in einer »wahrhaften Öffentlichkeit« erzeugt und entdeckt werden kann. Die Öffentlichkeit ist für ihn der Ort, an dem die »freimütigen Worte, welche über einzelne Gegenstände etwa die Spalten der Zeitungen füll[en]«, eine »allgemeine Teilnahme« hervorrufen, die den allgemeinen Willen im institutionell ortlosen und politisch anarchistischen Diskurs, kurz, im *Tanz derer drunten* erzeugt.<sup>13</sup> In der freien Presse sieht der junge Marx deshalb das eigentliche Medium »wahrer Demokratie«, die er zur selben Zeit (1843/44) mit dem »Kommunismus« identifiziert.<sup>14</sup> Während sich der Begriff der Demokratie auf die normative Seite der Wahrheit, die gemeinschaftliche Willensbildung bezieht, geht es beim *Kommunismus* oder *Sozialismus* um die kognitive oder, wie Marx selbst sagt, »sachliche« Seite der Lösung wirtschaftlicher und sozialer Probleme.<sup>15</sup> Die Presse ist das in den 1840er Jahren noch neue Medium demokratischer Willensbildung, weil sie »politisch [ist] ohne amtlich zu sein« und »bürgerlich [...] ohne unmittelbar in die Privatinteressen [...] verwickelt zu sein.«<sup>16</sup> Das ist genau das, was auch Dewey unter einer demokratischen Öffentlichkeit versteht und was wir deshalb eine Zivilgesellschaft nennen, weil sie von Markt und Staat gleich weit entfernt ist.<sup>17</sup>

Dieser Perspektivenwechsel vom verstaatlichten allgemeinen Stand zur anarchisch politischen Freiheit der Rede erlaubt es Marx, an Hegels Wahrheitsbegriff festzuhalten, jedoch dessen Idee einer *herrschaftsbegrenzenden* Verfassung, die darauf programmiert ist, das bürgerliche Privateigentum in der konstitutionellen Monarchie in Sicherheit zu bringen, als »existierende Unwahrheit«<sup>18</sup> zurückzuweisen, ist doch in den 1840er Jahren die geschichtliche Wahrheit längst in der zwar *noch lange nicht existierenden*, wohl aber schon *in Bewegung gesetzten* Demokratie angekommen, die Marx und Engels deshalb auch die »wirkliche Bewegung« nennen, »welche den jetzigen Zustand aufhebt«.<sup>19</sup> Die *Herrschaft* durch subjektive Rechte bloß

12 Hegel 1970, § 205.

13 Marx 1972 b [1843], S. 192.

14 Marx 1972 a [1843], S. 232; Marx, Engels 1973 [1844], S. 35.

15 Marx 1985; Marx 1970 [1862], S. 186 f.

16 Marx 1972 b [1843], S. 189.

17 Habermas 1992, S. 363, 399 ff.

18 Marx 1972 b [1843], S. 230, 232.

19 Marx, Engels 1973 [1844], S. 35.

*begrenzende* Verfassung ersetzt sie durch eine demokratische, *Herrschaft* (faktisch und normativ) *begründende* Verfassung.<sup>20</sup>

Marx bezeichnet die »Demokratie« deshalb auch als die »Wahrheit« »aller Staatsformen« und das »aufgelöste Rätsel aller Verfassungen«.<sup>21</sup> Die Wahrheit aller Staatsformen haftet nicht mehr wie bei Hegel an der Idee, die sich selbst verwirklicht und von der Philosophie nur noch dargestellt werden muss. Sie existiert nur noch – wiederum ähnlich wie bei Dewey – im kooperativen, praktisch-experimentellen Vollzug des alltäglichen Lösens von Problemen und in der praktisch-diskursiven Verallgemeinerung von Interessen. Damit verlässt die Philosophie den Hörsaal und geht auf die Straße: »Endlich«, schreibt der junge Marx in der *Rheinischen Zeitung* vom 10. Juli 1842, hat die Philosophie »das asketische Priestergewand mit der leichten Konventionstracht der Zeitungen« vertauscht. Die Philosophie musste »ihr Schweigen brechen, sie wurde Zeitungskorrespondent«.<sup>22</sup> Jenseits der Zeitung, jenseits der faktischen Mixtur aus Interessenkämpfen um materielle und ideelle Hegemonien auf der einen, kooperativer Suche nach richtigen und verallgemeinerbaren Lösungen (»praktisch-kritische Tätigkeit«) auf der anderen Seite, aus der der demokratische Selbstbestimmungsprozess besteht, gibt es keine politische *Wahrheit*. Aber ohne diese Wahrheit gibt es keine *Demokratie*. Eine »post-truth democracy wäre«, um es noch einmal zu zitieren, »keine Demokratie mehr«.<sup>23</sup> Genau das ist im heutigen Europa, in der Union und ihren Gliedstaaten der Fall.

Reißt das Band, das den institutionellen Komplex repräsentativer *Entscheidungsverfahren* an den problemgenerierenden und problemlösenden Diskurs einer nicht (oder nur schwach) vermacheten und nicht (oder nur schwach) kommodifizierten *Öffentlichkeit* bindet, dann versiegt der von unten nach oben, von der Peripherie ins Zentrum, von der Umwelt zum System laufende Kommunikations- und Legitimationsfluss. Unten tanzt niemand mehr. Die Peripherie verschwindet aus dem Reich symbolischer Formen. Der Mensch im Exklusionsbereich existiert nur noch als Körper.<sup>24</sup> Die Umwelt verödet. Das Negationspotenzial des öffentlichen Lebens

20 *Unwahr* ist die Monarchie schon in ihrem Begriff, weil in ihr »ein Teil den Charakter des Ganzen bestimmt«, *wahr* hingegen die Demokratie, weil in ihr »jedes Moment [des Staates] nur wirklich ist als Moment des ganzen Demos« (Marx 1972 b [1843], S. 230). *Unwahr* ist dann aber auch die konstitutionelle Monarchie, weil sie – wie bei Hegel – eine *bestehende Herrschaft* durch die subjektiven Rechte des »Eigentums«, des »Vertrags«, der »Ehe« und der »bürgerlichen Gesellschaft« lediglich »beschränkt« (ebd., S. 233). Darin aber kommen die Gesetzesadressaten, der Demos, nur als *abstrakte Allgemeinheit* zum Zuge, als Rechtsstaat *ohne* Demokratie. *Wahr* kann nur eine *herrschaftsbegründende* Verfassung sein, weil sie – so Marx – eine neue »Verfassung«, ein neues »Gesetz«, einen neuen »Staat« und damit »jedes« seiner »Momente« durch die »Selbstbestimmung des Volkes« überhaupt erst hervorbringt oder konstituiert (ebd., S. 230, 233). Zur Unterscheidung herrschaftsbegrenzender von herrschaftsbegründenden Verfassungen vgl. Möllers 2003.

21 Marx 1972 b [1843], S. 231 f. Zur Kritik der damit immer noch einhergehenden, subjektpolosophischen Verkürzung siehe Marks 2000.

22 Marx 1972 c [1842], S. 97, 99.

23 Habermas 2005, S. 150 f.

24 Luhmann 1997.

trocknet aus, und es entsteht eine *post-* und *post-truth democracy*, deren Legitimationssgrundlage immer dünner wird, bis sie schließlich einstürzt.

Das geschah 1851 in Paris und wurde durch einen verfassungsbrechenden Gewaltakt besiegt – die Errichtung der bonapartistischen Diktatur – und es geschieht im heutigen Europa infolge eines schleichenden Verfassungswandels.<sup>25</sup>

Kaum hatte ich diese Zeilen geschrieben, wurde erst in England durch den Austritt aus der Europäischen Union, dann im amerikanischen Wahlkampf im Herbst 2016 aus dem schleichenden ein lärmender und zerstörerischer Verfassungswandel, dessen wichtigste Ursache die totale Kommodifizierung der Öffentlichkeit ist, die sich in den vergangenen Jahrzehnten vollzogen hat. Ein gutes Beispiel für die Kommodifizierung der Öffentlichkeit ist der Wahlkampf Donald Trumps. Er jagte die Einschaltquoten, an denen die Werbeeinnahmen der Sender hängen, so hoch, dass auch liberale Sender, die gegen seine Kandidatur scharf opponierten, ihm weit mehr Redezeit einräumten als den anderen Kandidaten. Auf einer Morgan Stanley Technology, Media und Telecom-Konferenz in San Francisco Ende Februar 2016, auf der es um elektronische Nachrichtenerfassung, vertrauensbildende Maßnahmen für virtuelle und erweiterte Realitäten, 5G-Netze und selbstfahrende Autos ging, gestand CBS-Chef Les Moonves, Donald Trump »may not be good for America, but it's damn good for CBS [...]. Man, who would have expected the ride we're all having right now? [...] The money's rolling in and this is fun [...]. I've never seen anything like this, and this is going to be a very good year for us. Sorry. It's a terrible thing to say. But, bring it on, Donald. Keep going. Donald's place in this election is a good thing.«<sup>26</sup> Nur elf Tage später wurde ein CBS-Reporter während Trumps Chicagoer Wahlkampfauftritt als unerwünschter Journalist erkannt, niedergeschlagen, verhaftet und ins Gefängnis gesteckt. Donald Trump fand es so »funny« wie der CBS-Chef die rollenden Dollars. »Fun ist ein Stahlbad.«<sup>27</sup> Die »Lustigkeit« des Kandidaten und der Medieneliten »schneidet jede Lust ab und verschiebt sie auf den Tag des Pogroms.«<sup>28</sup>

Schon deshalb sind die Gründe des Scheiterns einer der ersten parlamentarischen Demokratien aktuell.

Das parlamentarische Regime scheiterte in der Revolution von 1848, weil die Bourgeoisie, um noch einmal auf Marx' 18. *Brumaire* zurückzukommen, nicht bereit war, »dem Klassenkampf« innerhalb des parlamentarischen Regimes, das aus öffentlicher Diskussion, allgemeiner Willensbildung und legislativer Gewalt besteht, den »kleinen Spielraum« zu »gewähren«, der nötig gewesen wäre, um noch zu einem halbwegs fairen Klassenkompromiss zu kommen, der es ihr ermöglicht hätte, »die Exekutive von sich abhängig zu erhalten«, die Verfassung zu verteidigen und die Diktatur zu verhindern.<sup>29</sup> Sie hätte sich zu diesem Zweck darauf einlassen müssen,

25 Brunkhorst 2014.

26 Les Moonves in einer Rede bei Morgan Stanley in San Francisco 2016, zitiert nach Tomasky 2016.

27 Horkheimer, Adorno 1969, S. 149.

28 Ebd., S. 146 f.

29 Marx 1985, S. 165 f.

mit Alternativen zum Kapitalismus im Kapitalismus zu *experimentieren*, und das Risiko eingehen müssen, dass die parlamentarische Mischung aus inklusivem Diskurs und egalitärer Entscheidung sie zum Experiment des *Sozialismus* und damit zur Vernichtung ihrer eigenen, unpolitischen Klassenherrschaft getrieben hätte.

Darauf haben sich spätere Generationen herrschender Klassen durchaus erfolgreich eingelassen, freilich erst nachdem Parlamente, öffentliche Debatten und die wachsende Macht der Gewerkschaften im Zuge heftiger Klassenkämpfe, großer Revolutionen und globaler Bürgerkriege zumindest in der westlichen Hemisphäre relativ fest etabliert waren. In der Pariser Revolution von 1848 aber war die Bourgeoisie »der Aufgabe«, »mit dem Feuer zu spielen«, die sie 1789 noch im Stil einer großen, revolutionären Tragödie gemeistert hatte, nicht mehr »gewachsen«.<sup>30</sup> Stattdessen hat sie aus »Feigheit«, »Mutlosigkeit« und »Begeisterung für ihren Geldbeutel« die *Regression*, den Kniefall vor dem »Kolben« dem Wagnis des demokratischen Klassenkampfs vorgezogen.<sup>31</sup> Der Bonapartismus, der sich nach 1848 über ganz Europa ausbreitete und mit dem neuen, durch die Gleichhursprünglichkeit von entfesselten Aktienmärkten und entfesselter Technik (Eisenbahnen, Elektrizität, fließendes Wasser usw.) angetriebenen Imperialismus verschwisterte, erstickte die 1848 erregte demokratische Hoffnung in einer langen Welle des *autoritären Liberalismus*, die mit wenigen Unterbrechungen die nächsten 100 Jahre (1850-1950) überflutete. Gleichzeitig wurden die sozial inklusive Massendemokratie, der demokratische Sozialismus und sein autoritärer Verwandter, der Bolschewismus, zur großen Herausforderung des überwiegend autoritären, zeitweilig faschistischen Liberalismus.

Ähnliche Konstellationen haben sich in der kurzen, eigentlich erst Mitte des 19. Jahrhunderts beginnenden Geschichte des *modernen Kapitalismus* und der *modernen Demokratie*, die miteinander geboren wurden, aber nicht miteinander bestehen können, mehrfach wiederholt.<sup>32</sup> Im letzten Jahr konnte man in Europa dieselbe »Feigheit«, »Mutlosigkeit« und »Begeisterung« der Macht-Eliten »für ihren Geldbeutel« beobachten, die sie daran hinderten, »dem Klassenkampf«, dem Überlebenskampf des europäischen Südens und dem Asylrecht jenen »kleinen Spielraum« zu »gewähren«, der nötig gewesen wäre, um den europäischen Exekutivföderalismus im Prozess demokratischer Willensbildung zu überwinden. Ist niemand mehr »der Aufgabe gewachsen«, »mit dem Feuer zu spielen«, so kommt es über kurz oder lang zum Einsturz der Legitimationsgrundlage. Dann wächst erneut die Wahrscheinlichkeit autoritärer Lösungen.

30 Marx unterschlägt hier die Rolle der Pariser Massen und schreibt die Geschichte der Revolution aus der Perspektive der Sieger und ihres jakobinischen Führungspersonals, das vom ersten Tag an alle wichtigen Positionen in Staat und Gesellschaft mit Angehörigen der kleinen und großen Bourgeoisie besetzt hat (vgl. Tilly 1995, S. 167).

31 Marx 1985, S. 96, 156, 178.

32 Zum Beginn: Bright, Geyer 2012. Webers Studien zur protestantischen Ethik betreffen eher die (mentale) Vorgeschichte.

## 2. Die wahrheitserschließende Kraft anarchischer Öffentlichkeit

Aus den 100 Jahren des entfesselten Kapitalismus, des autoritären Liberalismus, der kolonialen und rassistischen Massen- und Völkermorde, der großen Revolutionen und Weltbürgerkriege, die Mitte des 19. Jahrhunderts begannen und Mitte des 20. Jahrhunderts endeten, ging der demokratische Sozialismus am Ende gestärkt hervor, konnte sich jedoch nur im System der *westlichen Nationalstaaten* etablieren, wenn auch in der Regel um den Preis einer hybriden Formation der *mixed economy* des *demokratischen Kapitalismus*, der die kapitalistische Demokratie, die keine war, zumindest in der westlichen Welt abgelöst hat.

Die hybride Formation des demokratischen Kapitalismus war immerhin imstande, die drängendsten *Probleme* der funktional differenzierten Gesellschaft zu lösen. Das Problem der *sozialen Differenzierung*, die infolge des entfesselten Kapitalismus bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts unerträgliche Ausmaße angenommen hatte, konnte durch das glaubwürdige, von den Verfassungsinstitutionen der Massendemokratie gedeckte und sukzessive eingelöste Versprechen einer wenn auch nicht halbwegs gerechten, so doch halbwegs flächendeckenden Verteilung der wichtigsten Konsumgüter – der Arbeiter im Kleinwagen, der Chef im Mercedes, und beide stecken im selben Stau und fahren an dieselbe Urlaubsküste, der eine in ein großes Haus, der andere in ein kleines Haus – im Verlauf der 1940er und 1950er Jahre gelöst werden. Die verbliebenen, immer noch großen Klassenunterschiede konnten durch breit angelegte Aufstiegschancen, die ein expandierendes Bildungssystem, in dem der Sohn des Chefs mit dem des Arbeiters dieselbe Schulbank drückte, halbwegs kompensiert werden.<sup>33</sup> Die fordristische Konstellation. Die Märkte wurden staatlich reguliert und ebenso wie das Privateigentum an Produktionsmitteln einer weitgehenden und vielfältigen Kontrolle des Gesetzgebers unterworfen, die Kapitalverkehrsfreiheit war stark eingeschränkt (Bretton/Woods-Abkommen), und die Gewerkschaften waren links, stark, kampfbereit und bestimmten die öffentliche Meinung, sodass sich die weit rechts vom Freiburger Ordoliberalismus operierende, radikal-konservative Regierung Adenauer-Erhardt genötigt sah, eine sozialdemokratische Reform nach der andern zu vollziehen, um an der Macht zu bleiben. Die durch den *Code civil* zu Beginn des 19. Jahrhunderts paradigmatisch definierte Form des Privateigentums wurde überall in Europa und Amerika in hunderte, wenn nicht tausende von Eigentumsformen zersplittet, die sich auf einer Skala abtragen lassen, die vom peripher gewordenen, klassischen Privateigentum (§ 903 BGB<sup>34</sup>) über vielfältige Formen gesetzlicher Einschränkung der Nutzungsrechte (Wohnungen) und die verschiedensten Mischformen aus privatem, genossenschaftlichem und öffentlichem Eigentum (VW) bis zu den vielen Varianten des Gemeineigentums (sei es bei Banken, Eisenbahnen, Gesundheitseinrichtungen,

33 Vgl. nur Parsons 1985; Parsons, Platt 1973.

34 § 903 im Wortlaut: »Der Eigentümer einer Sache kann, soweit nicht das Gesetz oder Rechte Dritter entgegenstehen, mit der Sache nach Belieben verfahren und andere von jeder Einwirkung ausschließen.«

Wohnungsbaugesellschaften oder auch beim öffentlich-rechtlichen Rundfunk) reichen.<sup>35</sup>

Der Erfolg des demokratischen Kapitalismus bestand in einer Erneuerung des parlamentarischen Regimes, das den öffentlich ausgetragenen, demokratischen Klassenkampf ganz im Sinne des Modells deliberativer Demokratie, das Marx im 18. Brumaire skizziert hatte, mit dem institutionellen Komplex gesetzgeberischer Mehrheitsentscheidungen zusammenschloss. Ist der erste Anlauf deliberativer Demokratie in den europäischen Revolutionen von 1848 gescheitert, so war der zweite Anlauf, den Bruce Ackermann am Beispiel des *New Deal* exemplarisch beschrieben hat, bei weitem erfolgreicher.<sup>36</sup>

Bei allem Fortschritt, den der *nationalstaatlich organisierte* und auf die OECD-Welt *beschränkte* demokratische Kapitalismus verkörperte, er verselbständigte sich zu einer neuartigen Formation technokratischer Herrschaft, und er blieb *männlich, heterosexuell* und *weiß*.<sup>37</sup> Er endete an der *gender-line* und der *color-line*. Er schloss die innere ebenso wie die äußere *Peripherie* von sich aus. Ebenso erfolgreich hat der demokratische Kapitalismus die Verwüstung der *Umwelt* und die Zerstörung der natürlichen »Springquellen allen Reichtums« verdrängt.<sup>38</sup> Erst in den 1960er Jahren wurde das Erbe des inneren und äußeren Kolonialismus, der *gender-line* und der *color-line* in den Protestbewegungen der African-Americans und der Studenten zum Thema. Wenig später setzte die globale Ökologiebewegung auch die Umweltzerstörung auf die politische Agenda.

- Als Huey Newton und Bobby Seale Anfang 1966 in dem an Berkeley angrenzenden West-Oakland die *Black Panthers Party for Self-defense* gründeten, nachdem zuvor bei Unruhen nach der Ermordung von Malcolm X 300 Schwarze von Militär und Polizei getötet worden waren, und der Boxer Muhammad Ali zur selben Zeit seinen Einberufungsbescheid nach Vietnam vor laufender Kamera mit der Bemerkung widerrief: »They (the Vietcong) never called me nigger, they never lynched me, they didn't put no dogs on me, they didn't rob me of my nationality, rape and kill my mother and father [...] Shoot them for what? [...] Just take me to jail.«, begann eine neue Epoche deliberativer Demokratie.
- Als am 15. April 1967 im New Yorker Central Park hunderte von Wehrpflichtigen ihre Einberufungsbescheide nach Vietnam verbrannten, begann eine neue Epoche deliberativer Demokratie. Sie war ins Zeitalter ihrer Globalisierung getreten.
- Als am 1. Oktober 1964 Mario Savio – er war der Sprecher der Studenten von Berkeley, die einen Polizeiwagen, in dem ein festgenommener Kommilitone saß, durch ein Sit-in blockiert hatten (es ging auch hier wie zu Marx' Zeiten um die Redefreiheit) – seine Schuhe auszog, um mit Erlaubnis der Polizei vom Dach des

35 Bellomo 1995; Denninger 1984.

36 Ackerman 1998; Korpi 1983.

37 Katzenelson 2005.

38 Marx 1971 [1867], S. 530.

Streifenwagens eine Rede zu halten, die er mit Referenz auf die beiden Polizisten unter ihm mit dem Satz eröffnete: »They're family men, you know. They have a job to do! Like Adolf Eichmann. He had a job to do. He fit into the machinery«,<sup>39</sup> begann eine neue Epoche deliberativer Demokratie.

Der weiße, männliche, heterosexuelle, wohlgeordnete Wohlfahrtsstaat Amerikas wurde plötzlich ins grelle Licht seines autoritären Unterbewusstseins getaucht. In den maßlosen Vergleich Mario Savios, aber auch in die Berufung der Black Panthers auf die Verfassung, die ihnen das öffentlich sichtbare Tragen von Waffen erlaubte, in Muhamed Alis Adresse an die Weltöffentlichkeit, in das Happening einer massenhaften Wehrdienstverweigerung ist die umfangreiche *rationale*, aber esoterisch akademische *Debatte* um technokratische Herrschaft, Faschismus, Kolonialismus und Autoritarismus eingeflossen. Aber der *rationale Diskurs* blieb selbst im Fall der spektakulären Reportagen Hannah Arendts vom Eichmann-Prozess 1962 auf die intellektuelle Subkultur New Yorks und einiger Universitäten beschränkt. Erst der Vergleich Savios, die Aktionen und Happenings der Schwarzen, der Wehrdienstverweigerer, der Frauen, der Schwulen und Lesben haben die politische Öffentlichkeit für die wahrheitsrelevanten Wirkungen des breit gefächerten, aber vom politischen Diskurs abgespaltenen kulturellen Wissens um die »Negativität des gesellschaftlichen Zustands« (Adorno) geöffnet, um den fortlaufenden Diskurs um politischen Einfluss, symbolisches Kapital, aber auch um das bessere Argument zu unterbrechen und in eine neue Richtung zu lenken. Das Wissen um die Kehrseite der vermeintlich demokratischen Wohlfahrtsgesellschaft verließ den Staub der Archive, die Unübersichtlichkeit der gelehrt Abhandlung und das Oberseminar ausgewählter Doktoranden wurden Massenware: Das Wissen wurde Gegenstand öffentlichen Streits, löste Serien weiterer Forschungen aus, drang in Illustrierte und Fernsehsendungen ein, beflogte die Musikindustrie, motivierte Protestbewegungen, Lebensreformen, Kulturrevolutionen, zivilen Ungehorsam, politischen Aktivismus und nicht zuletzt konkurrierende Gesetzesvorlagen. Die Schleusen öffneten sich, die »ausgetrocknete Öffentlichkeit« wurde geflutet, die »Massenmedien der verwalteten Öffentlichkeit« wurden »repolitisiert«, die »durch Entpolitisierung abgedeckte Legitimationsgrundlage des Spätkapitalismus« stürzte ein, die »Entpolitisierung der Masse der Bevölkerung« war beendet.<sup>40</sup>

Während der Staat auf die plötzliche Repolitisierung der ausgetrockneten Öffentlichkeit des weißen und männlichen Wohlfahrtsstaats legal und illegal mit Polizei und Geheimpolizei reagierte und Richard Nixon die *silent majority* zu den Waffen rief, globalisierte sich die von Berkeley ausgehende Bewegung innerhalb weniger Monate. Nixon gewann die Wahl, und die Bewegung verschwand nach wenigen Jahren, nur um in Gestalt der Frauen-, Ökologie-, LGBT (Lesbian, Gay, Bisexual und Transgender)-, Indigenen-, Post-Colonial- und vieler anderer Bewegungen immer wieder von neuem zu beginnen. Sie haben in einer auch für die soziale Evolution winzigen Zeitspanne eine – auf die OECD-Welt und Lateinamerika zentrierte, aber in jeden Winkel der Welt ausstrahlende – Kulturrevolution herbeigeführt, für

39 William J. Rorabaugh in *Berkeley at war: the 1960s*, zitiert nach Kemp 2012, S. 32.

40 Habermas 1968, S. 100.

die sich in der Weltgeschichte nur wenige Beispiele finden lassen; man denke nur an die Emanzipation der Frauen und Homosexuellen von einer jahrtausendealten, immer wieder verfeinerten Kultur ihrer Ausbeutung und Unterdrückung.

Wenn die Serie kulturrevolutionärer Eruptionen die »allein durch Entpolitisierung abgedeckte Legitimationsgrundlage des Spätkapitalismus«<sup>41</sup> zwar nicht zum Einsturz gebracht, aber doch in bedrohliche Schwingungen versetzt hat, hat sie das einer *deliberativen Erneuerung der westlichen Demokratien* zu verdanken. Denn der verblüffende Erfolg der sozialen Bewegungen, die außer der Frauenbewegung alle minoritär waren, erklärt sich nicht aus der Kraft der Bewegungen selbst, sondern allein aus der anscheinend noch nicht verebbten *deliberativen Dynamik des parlamentarischen Regimes*. Diese Dynamik, so meine These, resultiert aus der *dialektischen Interaktion*, dem »daseienden Widerspruch«<sup>42</sup> zwischen dem *wilden, anarchistischen* und (trotz immens fortgeschrittener Polizei- und Überwachungstechniken) nach wie vor *unbezähmbaren* Komplex außer- und antiparlamentarischer, an den Rändern bisweilen gewalttätiger Öffentlichkeiten und Gegenöffentlichkeiten auf der einen Seite und auf der anderen Seite einer mehrheitsorientierten, *parlamentarischen Gesetzgebung*, bei der die *silent majority* nicht nur zur Abstimmung, sondern auch, durch die Massenmedien vielfältig verstärkt, zu Wort kommt – aber eben *nicht nur sie*.

In den 1840er Jahren musste die französische Bourgeoisie, in den 1960er Jahren Richard Nixon erfahren, dass sie die Rechnung ohne die intersubjektive Logik des parlamentarischen Regimes gemacht hatten, das sie, spätestens nach Watergate, zur Rede stellen und das Ende des Kriegs in Vietnam *auch* mit dem besseren Argument erzwingen konnte.

Mittlerweile ist die kulturelle Linke zur Mehrheitspartei geworden. Seit dem Triumph im tief katholischen Irland ist auch die CDU (fast) für *same sex marriage*, und nach jüngsten Umfragen stieg die Zahl der Befürworter auf 83 Prozent der Gesamtbevölkerung der Bundesrepublik. Aber die schwarze, jüdische, vorbestrafte und wohnungslose Homosexuelle in der Peripherie von Baltimore, Paris oder London hat nichts von ihren Rechten, denn sie kann sich dem rassistischen, antisemitischen und homophoben Milieu, das die schlecht bezahlte, aber schwer bewaffnete lokale Polizei des Ghettos ebenso prägt wie die meisten seiner depravierten Bewohner, nicht entziehen. Ihre neu gewonnene Freiheit hat keinen »fairen Wert« (John Rawls). In dieser Situation wäre der Test auf die deliberative Leistungsfähigkeit der parlamentarischen Demokratie die Resurrektion einer radikalen, sozialistischen Rhetorik, wie sie in den USA Bernie Sanders mit völlig unerwartetem Erfolg ins Spiel gebracht hat. Aber die nationalen Demokratien, in denen der erneute Kampf um die verlorene Gleichheit noch eine Chance hat, scheint es in den reichen Ländern des Westens nirgends mehr zu geben; vielleicht und paradoixerweise mit Ausnahme der USA, wenn die Demokratie die Herrschaft des zu allem entschlossenen »Volks von Teufeln« mit »Verstand« (Kant), das sich Republikanische Partei nennt, überlebt. Postnationale Alternativen, ohne die alle Versuche, die nationalen Demokratien zu

41 Ebd., S. 103.

42 Hegel 1952, S. 58.

retten, aussichtslos wären, sind aber in weite Ferne gerückt, zumal Trumps rechte Milliardärsregierung, die Front National in Frankreich und die Regierung Boris Johnsons und Tereza Mays gerade damit begonnen haben, die transnationale Rechtsordnung zu zerstören, ohne die es weder nationale Menschenrechte<sup>43</sup> noch eine halbwegs verlässliche Sicherung gegen Staaten- und Atomkriege gibt, von der globalen Erderwärmung und dem internationalen Schutz der Menschenrechte ganz zu schweigen.

## Literatur

- Achenbach, Jelena von 2015. *Trilogie: Struktureller Wandel des europäischen Gesetzgebungsverfahrens durch Selbstorganisation*. Manuskript. Universität Gießen.
- Ackermann, Bruce 1998. *We the people. Vol. 2: Transformations*. Cambridge: Harvard University Press.
- Bellomo, Manlio 1995. *The common legal past of Europe 1000-1800*. Washington: The Catholic University of America Press.
- Bright, Charles; Geyer, Michael 2012. »Benchmarks of globalization: the global condition, 1850-2010«, in *A companion to world history*, hrsg. v. Northrop, Douglas, S. 285-302. Oxford: Blackwell.
- Brunkhorst, Hauke 2014. *Das doppelte Gesicht Europas*. Berlin: Suhrkamp.
- Denninger, Erhard 1984. »Von der bürgerlichen Eigentumsgesellschaft zum demokratischen Rechtsstaat«, in *Funkkolleg Praktische Philosophie/Ethik. Studientexte*, Band 3, hrsg. v. Apel, Karl-Otto; Böhler, Dietrich; Rebel, Karl-Heinz, S. 814-844. Weinheim, Basel: Beltz Juventa.
- Dewey, John 1954. *The public and its problems*. Chicago: Swallow Press.
- Habermas, Jürgen 1968. *Technik und Wissenschaft als Ideologie*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Habermas, Jürgen 1992. *Faktizität und Geltung*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Habermas, Jürgen 2005. »Religion in der Öffentlichkeit: Kognitive Voraussetzungen für den ›öffentlichen Vernunftgebrauch‹ religiöser und säkularer Bürger«, in *Jürgen Habermas: Zwischen Naturalismus und Religion: philosophische Aufsätze*, S. 119-154. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Hegel, Georg W. F. 1952. *Wissenschaft der Logik*. Band 2. Hamburg: Felix Meiner.
- Hegel, Georg W. F. 1970. *Grundlinien der Philosophie des Rechts*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Horkheimer, Max; Adorno, Theodor W. 1969. *Dialektik der Aufklärung*. Frankfurt a. M.: Fischer.
- Katzenelson, Ira 2005. *When affirmative action was white: an untold history of racial inequality in twentieth-century America*. New York, London: W. W. Norton.
- Kemp, Tonje Tangen 2012. *Regionale, nationale und globale Aspekte einer Studentenbewegung. Eine qualitative Studie zur Kieler Studentenbewegung 1967-1969*. Master Thesis. Oslo: University of Oslo.
- Korpi, Walter 1983. *The democratic class struggle*. London: Routledge.
- Luhmann, Niklas 1997. *Die Gesellschaft der Gesellschaft*. 2 Bände. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Marks, Susan 2000. *The riddle of all constitutions*. Don Mills, Ontario: Oxford University Press Canada.
- Marx, Karl 1845. *Thesen über Feuerbach*. [www.mlwerke.de/me/me03/me03\\_005.htm](http://www.mlwerke.de/me/me03/me03_005.htm) (Zugriff vom 10.01.2017).
- Marx, Karl 1970 [1862]. »Zu den Ereignissen in Nordamerika«, in *Marx-Engels-Werke*, Studienausgabe, Band IV, S. 185-187. Frankfurt a. M.: Fischer.
- Marx, Karl 1971 [1867]. »Das Kapital«, in *Marx-Engels-Werke*, Band 1, 23. Berlin: Dietz.

43 Das zeigt Thornhill 2016 in seiner jüngsten Studie zur sozialen Evolution der Nachkriegsordnung.

- Marx, Karl 1972 a [1843]. »Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie. Kritik des Hegelschen Staatsrechts«, in *Marx-Engels-Werke*, Band 1, S. 201-333. Berlin: Dietz.
- Marx, Karl 1972 b [1843]. »Rechtfertigung des Korrespondenten von der Mosel«, in *Marx-Engels-Werke*, Band 1, S. 172-199. Berlin: Dietz.
- Marx, Karl 1972 c [1842]. »Der leitende Artikel in Nr. 179 der ›Kölnischen Zeitung‹«, in *Marx-Engels-Werke*, Band 1, S. 86-104. Berlin: Dietz.
- Marx, Karl 1985. *Der 18. Brumaire des Louis Bonaparte*. Marx-Engels-Gesamtausgabe I/11. Berlin: de Gruyter.
- Marx, Karl; Engels, Friedrich 1973 [1844]. »Die deutsche Ideologie«, in *Marx-Engels-Werke*, Band 3. Berlin: Dietz.
- Möllers, Christoph 2003. »Verfassungsgebende Gewalt – Verfassung – Konstitutionalisierung. Begriffe der Verfassung in Europa«, in *Europäisches Verfassungsrecht*, hrsg. v. Bogdandy, Armin von, S. 227-277. Berlin: Springer.
- Parsons, Talcott 1985. *Das System moderner Gesellschaften*. Weinheim, Basel: Beltz Juventa.
- Parsons, Talcott; Platt, George M. 1973. *The American university*. Cambridge: Harvard University Press.
- Schmalz-Brunn, Rainer 1995. *Reflexive Demokratie*. Baden-Baden: Nomos.
- Thornhill, Chris 2016. *A sociology of transnational constitutions: the social foundation of the post-national legal structure*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Tilly, Charles 1995. *European revolutions, 1492-1992*. Oxford: Blackwell.
- Tomasky, Michael 2016. »Can he be stopped?«, in *The New York Review of Books*. April 2016. [www.nybooks.com/articles/2016/04/21/can-donald-trump-be-stopped/](http://www.nybooks.com/articles/2016/04/21/can-donald-trump-be-stopped/) (Zugriff vom 11.05. 2016).

**Zusammenfassung:** In dem Text soll eine robuste Theorie deliberativer Demokratie skizziert werden. Drei Thesen werden an zwei historischen Beispielen, der Französischen Revolution von 1848 (Kapitel 1) und den neuen sozialen Bewegungen, die in den 1960er Jahren entstanden sind (Kapitel 2), erläutert. Die Thesen sind, dass (1) demokratische Willensbildung einen internen Wahrheitsbezug hat. Die Begründung aller Rechtsnormen in der öffentlichen Willensbildung setzt (2) die Aufhebung des liberalen Dualismus von Rechten und Demokratie und des idealistischen Dualismus von Vernunft und Wirklichkeit voraus. An deren Stelle tritt (3) ein deliberatives Kontinuum von öffentlichen Debatten, sozialen Kämpfen und gesetzgeberischen Entscheidungsverfahren.

**Stichworte:** herrschaftsbegründende Verfassung, Willensbildung, Gesetz, Öffentlichkeit, autoritärer Liberalismus, Diskurs, Wahrheit, Politisierung, Kampf, kulturelles Wissen.

### Self-determination with deliberative democracy

**Summary:** Aim is a robust theory of deliberative democracy. Three theses are illustrated by two historical examples: the revolution of 1848 in France (Chapter 1), and the new social movements that emerged in the 1960s (Chapter 2). The theses are, that (1) democratic will-formation is related internally to truth. The foundation and justification of all legal norms in public will-formation presupposes (2) the sublation of the liberal dualism of democracy and rights and of the idealist dualism of rationality and reality in favor of (3) a continuum of public debates, social struggles and legislative procedures.

**Keywords:** founding constitution, will-formation, law (legal norm), public sphere, authoritarian liberalism, discourse, truth, politicization, struggle, cultural knowledge.

### Autor

Hauke Brunkhorst  
Europa-Universität Flensburg  
Institut für Soziologie  
Auf dem Campus 1  
24943 Flensburg  
Brunkhorst@uni-flensburg.de